

# Resolution

## Vertreterversammlung der KZV Hessen am 03.06.2016 in Kassel

<b>Resolution Nr.:</b>	<b>3</b>
<b>Antragsteller:</b>	<b>Czerny, Edler, Hauk, Mangold, Meiser, Schade, Wendel, Georgalis, Pfeiffer</b>
<b>Betreff:</b>	<b>Deprofessionalisierung des zahnärztlichen Berufsstandes stoppen - Kommerzialisierung der zahnmedizinischen Versorgung verhindern</b>

Die Vertreterversammlung der KZVH stellt fest, dass es durch gesetzgeberisches Handeln in den letzten Jahren zu einer drastischen Veränderung in der zahnmedizinischen Berufsausübung gekommen ist. Beispielsweise wurde der Einfluss der zahnärztlichen Berufsvertretung auf ureigenste Bereiche der Profession, wie zum Beispiel auf die Weiterentwicklung zahnärztlicher Therapie- und Versorgungsformen, unter anderem durch die Einführung des G-BA, marginalisiert. Bei wesentlichen Themen der Praxisführung, wie Umsetzung der Hygienerichtlinien oder der Röntgenrezertifizierung, wurde zahnmedizinischer Sachverstand ignoriert.

Als nächste gesetzgeberische Maßnahme droht die Einführung eines Bachelorabschlusses im Zahnmedizinstudium, wie im Thesenpapier der SPD-Fraktion zum Masterplan Medizinstudium 2020 gefordert wird, und damit erstmals ein akademischer Abschluss in der Zahnmedizin unterhalb des Staatsexamens. Für einen zahnmedizinischen Bachelorabschluss gibt es jedoch in der zahnmedizinischen Versorgung keinen sinnvollen Bedarf.

Der Gesetzgeber macht es sich zu leicht, wenn er im SGB V in weiten Gebieten auf eine spezielle Berücksichtigung der Zahnmedizin verzichtet. Vieles, was in der medizinischen Versorgung sinnvoll ist, passt nicht in die zahnmedizinische Versorgung. Es ist zum Beispiel nicht nachvollziehbar, warum gerade in der Zahnmedizin arztgruppengleiche MVZ, die als Maßnahme gegen den Ärztemangel in der Fläche propagiert wurden, auch in der zahnmedizinischen Versorgung ermöglicht wurden, in der es keine Versorgungslücken gibt. Zudem gibt der Gesetzgeber mit der Aushöhlung der zahnmedizinischen Profession (Entmachtung der Selbstverwaltung durch den G-BA, MVZ) den Berufsstand einer fragwürdigen Veränderung preis, die das Potential hat, das Ende der Freiberuflichkeit in absehbarer Zeit zu erreichen. Wer aber die Freiberuflichkeit als berufsimmanentes Prinzip abschafft, öffnet der Kommerzialisierung des Berufsstandes durch das Kapital die Tür, zum Nachteil des Gemeinwohls.

Die Vertreterversammlung der KZVH fordert den Gesetzgeber hiermit auf, die längst fällige Trennung von ärztlicher und zahnärztlicher Gesundheitspolitik jetzt zu vollziehen und auf eine weitere Schwächung der Profession, insbesondere durch den Masterplan Medizinstudium 2020, zu verzichten.

Resolution				
angenommen	Ja	Nein	Enthaltungen	Vorsitzender